



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Nicole Bäuml, Holger Griebhammer, Sabine Gross, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

**Haushaltsplan 2024/2025;  
hier: Kommunen für den Katastrophenfall rüsten  
(Kap. 03 24 Tit. 883 05)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 03 24 (Rettungsdienst und Katastrophenschutz) wird der Ansatz im Tit. 883 05 (Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Beschaffungen aus dem – Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz Bayern 2030 –) für das Jahr 2024 von 1.300,0 Tsd. Euro um 350,0 Tsd. Euro auf 1.650,0 Tsd. Euro und für das Jahr 2025 von 1.300,0 Tsd. Euro um 700,0 Tsd. Euro auf 2.000,0 Tsd. Euro erhöht.

### **Begründung:**

Katastrophenereignisse wie Extremwetter stellen die Gemeinden vor neue Herausforderungen, auf die sie vorbereitet sein müssen. Die staatlichen Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für vorbeugende Maßnahmen aus dem Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz Bayern 2030 (insbesondere Führungsmittel für die Örtliche Einsatzleitung, Mehrzweckboote, Ölwehr und Ölwehrausstattung, mobile Sirenen) müssen daher erhöht und das Förderniveau muss deutlich angehoben werden.